



Thomas Rachel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Bildung und Forschung
Bundestagsabgeordneter des Kreises Düren

Herrn
Klaus Kenke
Friedensbeauftragter des KKR Jülich

per E-Mail: klaus.kenke@t-online.de

Wahlkreis

Binsfelder Str. 95
52351 Düren
Tel. (02421) 121327
Fax (02421) 74298

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 71333
Fax (030) 227 76930

E-Mail:
thomas.rachel@bundestag.de

Berlin, 18. August 2021

Afghanistan

Sehr geehrter Herr Kenke,

vielen Dank für Ihre E-Mail in der Sie die erschütternde Lage in Afghanistan ansprechen. Die Angst der Menschen und die Brutalität der Taliban machen mich fassungslos und sehr betroffen. Was derzeit in Afghanistan passiert, ist eine politische und eine humanitäre Katastrophe. Die Entwicklung der Lage ist dramatisch und furchtbar insbesondere für die Menschen in Afghanistan. Die USA hätten nicht überstürzt abziehen dürfen. Doch im Stich gelassen wurde das afghanische Volk von der eigenen Armee und ihrer Regierung. Das oberste Gebot ist jetzt das Retten von Menschenleben.

In diesen Stunden führt die Bundesrepublik Deutschland eine Rettungsaktion durch – für unsere Staatsbürger, aber insbesondere auch für die Ortskräfte, welche viele Jahre lang an der Seite Deutschlands für ein besseres, ein freies Afghanistan gearbeitet haben. 1900 afghanische Ortskräfte und deren Familien sind bereits in Deutschland oder in einem Drittland in Sicherheit gebracht worden, weitere sollen folgen. Solange es noch möglich ist, müssen wir alles versuchen, um sie vor den Taliban zu schützen. Das ist meines Erachtens unsere moralische Pflicht. Meine Gedanken sind auch bei unseren Soldatinnen und Soldaten, die sich in große Gefahr begeben.

Ich setze mich dafür ein, dass die Luftbrücke auch aktive Frauen- und Menschenrechtlerinnen, Aktivistinnen und Bürgermeisterinnen rettet. Denn es waren insbesondere viele mutige Frauen, die in den vergangenen Jahren am Aufbau einer Zivilgesellschaft mitgewirkt haben. Jetzt sind sie akut bedroht. Sie brauchen den unmittelbaren Schutz der Weltgemeinschaft. Deutschland sollte sich bereit erklären, im Wege der Soforthilfe solche besonders gefährdeten Frauen und ihre engsten Familienangehörigen vor der Bedrohung zu retten und aufzunehmen.

Die Bedingungen in Afghanistan sind extrem schwierig. Deshalb ist es unabdingbar, dass die deutschen Bemühungen in die internationalen Anstrengungen eingebunden werden. Auf die neue Situation in Afghanistan müssen wir daher eine europäische und transatlantische Antwort geben. Es geht um eine enge Abstimmung mit unseren Partnern in Europa und Amerika. Ich plädiere mit Blick auf die Soforthilfe dafür, dass in den nächsten Tagen die EU-Außenminister zu einem Sonderrat zusammenkommen. In diesem Kreis sollten rasch weitere konkrete Schritte abgestimmt werden.



Unsere europäische Antwort muss eine sein, die aus den Fehlern im Umgang mit dem syrischen Bürgerkrieg gelernt hat. Es darf nicht erneut zu mangelnder Flüchtlingshilfe für den UNHCR in der Region kommen. Die meisten Menschen werden in die Nachbarländer Afghanistans fliehen. Deutschland sollte sich deshalb auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Hilfe in den Nachbarländern Priorität genießt. Wir müssen die Nachbarländer unterstützen und sie gleichzeitig an die Verantwortung erinnern, die sie für die Region tragen. Ich spreche mich dafür aus, dass Deutschland gerade auch konkret beim Aufbau von Flüchtlingsseinrichtungen vor Ort unterstützt – mit Technischem Hilfswerk und unseren erprobten Hilfsorganisationen.

Wir müssen aber auch einen mittel- und langfristigen Plan entwickeln. Wir müssen sicherstellen, dass Afghanistan nicht erneut zu einem sicheren Hafen für den internationalen Terrorismus wird. Das war das erste Ziel des gesamten Afghanistan-Einsatzes – und dieses Ziel gilt weiter. Die USA und Europa müssen dazu jetzt gemeinsam eine Strategie abstimmen.

Selbstverständlich müssen wir dann auch über Ursachen und Schlussfolgerungen des Afghanistan Einsatzes sprechen. Es braucht eine schonungslose Fehleranalyse, in Deutschland, mit den Verbündeten und in der internationalen Gemeinschaft. Deutschland und die Staatengemeinschaft müssen anerkennen, dass neben der Bekämpfung des Terrorismus Dinge nicht so geschafft wurden, wie sie geplant waren. Dies ist eine bittere Erkenntnis.

In diesem Moment der Not geht es jedoch um aktuelle Lebensrettung. Dieser widmet sich die Bundesregierung mit ganzer Kraft. In den weiteren politischen Gesprächen werde ich mich nachdrücklich für eine rasche transatlantische und europäische Zusammenarbeit bei der Rettung der Menschen einsetzen. In Gedanken bin ich bei jenen, die jetzt nach Afghanistan fliegen, um Menschen zu retten und bei jenen, die in Afghanistan auf Rettung warten.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Rachel MdB